

Kernforderungen des Mainzer Bündnisses Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen anlässlich der Kommunalwahl 2024

Jedes sechste Kind in Mainz lebt in Armut. Für betroffene Kinder und Jugendliche bedeutet das materieller Mangel, schlechtere Bildungschancen, gefährdetere Gesundheit, reduziertere Entwicklungschancen und eingeschränkte Teilhabe.

Armut ist kein individuelles Versagen. Betroffene Kinder und Jugendliche leben in Familien mit geringem Einkommen, häufig mit nur einem Elternteil, vielen Geschwistern oder mit Migrationshintergrund. Corona-Einschränkungen und Preissteigerungen haben ihre Startchancen verschlechtert.

Armutsprävention erfordert besondere Unterstützung betroffener Kinder und Jugendlicher und eine ausreichende Infrastruktur für sie und ihre Familien. Hier sind vor allem die Kommunen als Lebensort und Garant sozialer Daseinsvorsorge gefordert. Armutssensibel müssen sie Barrieren abbauen und das Recht auf gutes Aufwachsen für alle Kinder und Jugendlichen gewährleisten.

1) KiTa und Frühe Bildung

Grundsätzlich gilt der Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz für alle Kinder ab zwei Jahren. So lange dieser Anspruch in Mainz nicht erfüllt werden kann, fordern wir als ersten Schritt, Kinder mit schlechteren Startbedingungen bei der Platzvergabe zu priorisieren.

KiTas sollten zu „Eltern-Kind-Zentren“ weiterentwickelt werden. Eine ausreichende Personalausstattung ist Voraussetzung für Qualität in der frühen Bildung.

2) Kostenloses Mittagessen

Ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder an allen Schulen, an denen pädagogische Ganztagsangebote stattfinden, wie u.a. vom Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ als Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit gefordert.

3) Kinderärztliche Versorgung

Körperliche und psychische Gesundheit braucht gut erreichbare ärztliche Hilfen im Sozialraum. Ein konkreter Vorschlag wäre die Revitalisierung aufsuchender medizinischer Versorgung in Schule und KiTa, die von allen Kindern entstigmatisierend in Anspruch genommen werden kann.

4) „Familienservicestellen“

Ziel ist die unbürokratische und wohnquartiersnahe Antragstellung für alle sozialen Leistungen an einem Ort. In einem ersten Schritt soll die Familienkasse der Bundesanstalt für Arbeit (heute für die Auszahlung des Kindergelds zuständig), zur „Familienservicestelle“ als zentralem Anlaufpunkt für Familienleistungen ausgebaut werden (noch nicht umgesetztes Vorhaben der Bundesregierung).

5) Kinderleistungen ohne Hürden

Leistungen wie Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabe-Paket oder örtliche Vergünstigungen kommen nur bei einem Bruchteil berechtigter Kinder und Jugendlicher an. Ziel ist eine automatisierte Gewährleistung, die strukturelle Vereinfachung und Beseitigung von Hürden bei Bewilligungsverfahren.

6) „Mainzer Kinderpass“

Der „Mainz-Pass“ ist als „Mainzer Kinderpass“ gesondert zu gestalten, um auch armutsbetroffenen jungen Menschen mehr Teilhabe zu ermöglichen. Unter anderem sind dabei die kostengünstige Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und der freie bzw. vergünstigte Zugang zu allen Sport-, Kultur- und Bildungseinrichtungen zu ermöglichen.